

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 37

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

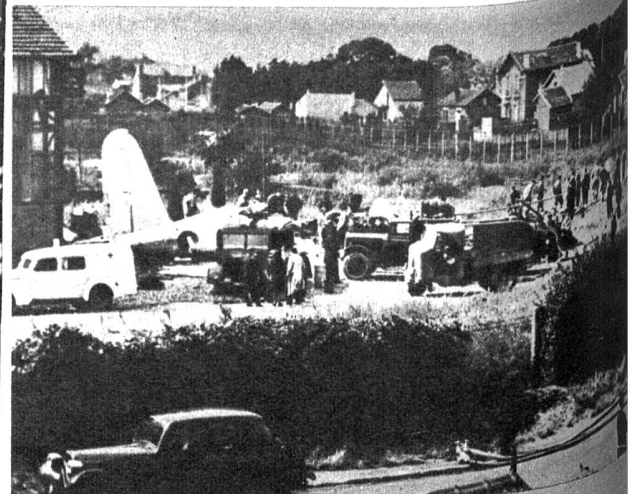
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Links: Protest gegen den Schwarzhandel in Mailand. Auf dem Mailänder Domplatz fand eine riesige Protestkundgebung gegen die Auswüchse des Schwarzhandels statt. Eine gewaltige Menschenmenge versammelte sich mit Plakaten aller Art, um gegen Spekulanten, Börsianer und die «Unfähigkeit der Regierung» einzulegen. (Photopress)

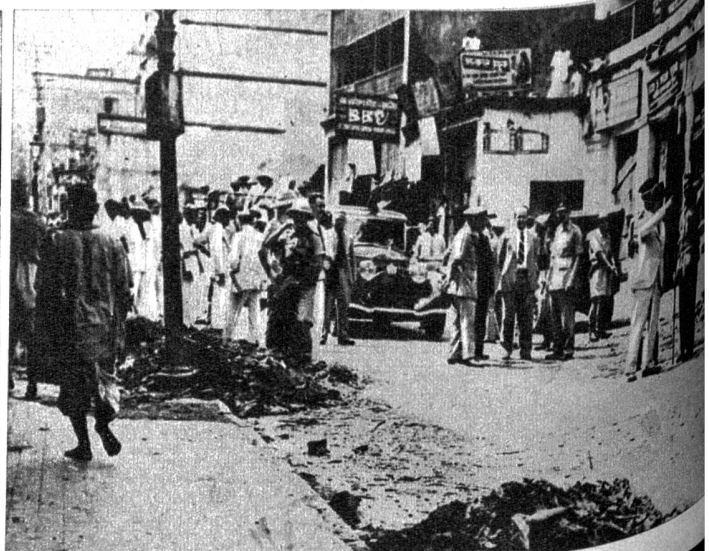


Rechts: Ein Kursflugzeug Paris-London abgestürzt, mehrere Tote. Kaum ist die Meldung vom schweren Flugunglück der Air France bei Kopenhagen publik geworden, als ein Passagierflugzeug der nämlichen französischen Luftverkehrsgesellschaft kurz nach dem Start in Le Bourget bei Paris kollidierte und abstürzte. Wiederum sind zahlreiche Tote zu beklagen. Unsere Bilder zeigen unten das Haus, mit dem die Maschine kurz nach dem Start kollidierte und oben die Absturzstelle mit den Maschinentrümmern (Photopress)



Unten: Die Mounbattens in Schweden. Admiral Lord Louis Mounbatten, während des Krieges Oberkommandierender der Alliierten in Südost-Asien, hat den Waffenrock ausgezogen und weilt gegenwärtig zu Gast in Schweden, mit ihm seine Gattin und Töchter. Wir zeigen Lord Mounbatten mit seiner Schwester am Arm, der schwedischen Kronprinzessin Luise und seinen beiden Töchtern Pamela und Patricia

Unten rechts: Der Vizekönig von Indien, Feldmarschall Lord Wavell (vorne links, im hellen Anzug), hat sich nach Kalkutta begeben, um die Spuren der schweren Kämpfe, die sich hier abspielten und die über zweitausend Menschenleben kosteten, persönlich in Augenschein zu nehmen (ATP)





Nach mehrjährigem Unterbruch kam am Sonntag in Kilchberg bei Zürich der von privater Seite geförderte schwingerische Spitzenanlass zur Durchführung. Unser Bild: Peter Vogt (MuttENZ), der bärenstarke Sennenschwinger, wirft hier Resultat. Links Kampfrichter Fritz Hagmann (Seen), der Sieger des letzten Kilchbergsschwinget, der in die Gilde der «Neutralen» hinübergewechselt hat (Photopress)

Einweihung der Sustenstrasse

Auf der Höhe des Sustenpasses, beim Steingletscher, fand die offizielle Einweihung der zurzeit wohl schönstangelegten Bergstrasse Europas, der Sustenstrasse, statt. Bundesrat Dr. Philipp Etter, der sich für die Vollendung der gewaltigen Paßstrasse trotz Kriegszeit rückhaltlos eingesetzt hatte, wurde dabei von der ernerischen Bevölkerung mit einer mächtigen Urner Pastete beschenkt, worüber sich der Magistrat sichtlich erfreut zeigte und dann auch prompt an die Verteilung der Pastete schritt (ATP)

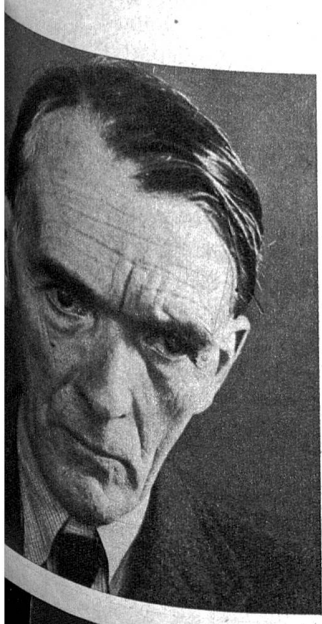
Rechts: Im beidarmigen Stossen hat der Zürcher Anton Leuthe den bisherigen Schweizerrekord von 248 auf 251 Pfund verbessern können

Rechts aussen: Die offizielle Einweihungsfeier der Susten-Bergstrasse. Unser Bild hält den Augenblick fest, da sich die Wappentiere der beiden durch den Sustenpass verbundenen Kantone Bern und Uri, der Bärner Mütz und der Uristier, die... Klauen reichen (ATP)

Unten: In Gunten am Thunersee, starb im 69. Altersjahr der bekannte Schriftsteller Otto Wirz, Verfasser zahlreicher Romane und Novellen.

Unten Mitte: Die thurgauische Kapitale beging am Samstag/Sonntag die Feier ihres 700jährigen Bestehens. Seit der erstmaligen Erwähnung Frauenfelds in einer Urkunde vom 24. August 1246 sind 700 Lenze ins Land gegangen

Unten rechts aussen: Das farbenfrohe, originelle Volksfest «Braderie», das in La Chaux-de-Fonds zum 9. Male durchgeführt wurde, überraschte einmal mehr durch seine Gruppen. Hier präsentiert sich Ali Baba mit seinen 40 Räubern auf seinem kecken Wagen



Die Teuerung

-an- Der Milchpreisaufschlag, den wir befürworteten, ist also da, mit 3 Rappen, und es gehören dazu höhere Käse- und Butterpreise, die man spüren wird, machen sie doch immer ungefähr das Zehnfache des Milchpreises aus. Die Frage ist nun, was weiter zu geschehen habe. Denn die in vielen Industrien noch lange nicht wieder aufgewerteten Löhne, sowie die untern Gehälter aller staatlichen Angestellten, überhaupt alle Einkommen, die nicht von der grossen Konjunkturwelle profitierten, geraten wieder ins Hintertreffen. Und es wird uns gesagt, dass die Geduld einer solchen Entwicklung gegenüber nicht mehr so gut standhalten werde, wie während des Krieges, da man alles ertrag in Gedanken an die eine Notwendigkeit, durchzuhalten und das Seine beizutragen zur Erhaltung unserer Freiheit. Lohnbegehren überall dort, wo der Lohn nicht ausreicht, werden sich melden. Die Mißstimmung wird besonders dort gross werden, wo kaum beschlossene Lohnaufbesserungen überholt und mehr als überholt wurden durch die neue Preisgestaltung. Da hat beispielsweise der Kanton Bern abzustimmen über die *neuen Besoldungen der Lehrerschaft*, praktisch über die Umwandlung der Teuerungszulagen in Besoldung. Ein Lehrer sagt uns: «Wir werden also «zwei Suppen aufs Mal auslöffeln» können. Erstens verschwindet, was wir nun als Mehrbesoldung, statt als Teuerungszulage bekommen, in den ersten Zeiten überhaupt, weil wir uns doch höher versichern wollen und müssen, im «Prämienkanal» — zweitens frisst uns das erhöhte Haushaltbudget den Rest weg. Die «Lohnbaggermaschine» arbeitet eben viel zu langsam und holt immer zu wenig für uns herauf — und aus dem trüben Grunde dieses wirtschaftlichen Schlammassels...»

Der Mann hat bestimmt recht. Die «Lohnbaggermaschine» arbeitet seit je schlecht. Die Bauern, deren Einkommen ja auch ein Lohneinkommen ist und als solches gewertet werden muss, wissen es ebenfalls. Für die nahe Zukunft stellt sich aber das Problem so, dass die Forderungen der lohnarbeitenden Konsumenten nach Befriedigung schreien — und das Resultat könnte sein, dass die höhern Löhne wieder auf die Preise geschlagen werden und den momentanen Gewinn der Bauern abermals illusorisch machen...

Wo soll's hinaus? *Die Teuerung wird wachsen*, hat sie doch *ausser dem Aufschlag der landwirtschaftlichen Produkte eine ganze Reihe anderer Ursachen*. Tatsache ist eben, dass *das Vacuum in der Weltwirtschaft*, der grosse Warenmangel, die Ansaugkraft eines grossen Wirbels besitzt, welcher alle Länder mit grössern Lagerbeständen einfach leersaugen würde, liesse man die Dinge nur einfach laufen. Unser Land hat mehr Vorräte als die Mangelländer; die Saugwirkung des Wirbels möchte uns entreissen, was wir haben. Diese Tatsache besteht. Es verschwindet, erklärlicherweise oder auch unerklärlicherweise, die in anderthalbfachem Umfange erzeugte Schokolade — wohin? Es verschwinden Schuhe, Strümpfe, Kleider... Und was tut der Bundesrat dagegen?

Ja, «was gedenkt der Bundesrat zu tun?» Diese Form der «kleinen Anfrage» aus dem Parlamentsbetrieb wird wieder einmal zur Landesfrage. Wir sagen sogar: Zur dringlichen Frage. Denn die Entwicklung kann ein unerwartetes Tempo einschlagen, und wenn die Preisbildungskommission, die ja noch immer die Betrogene im Spiel war, dem mächtigen Druck der «Ausverkaufsfolgen» weichen muss und in der Textil- und Schuhbranche glattweg alles bewilligen wird, was die veränderten Einkaufsbedingungen des Weltmarktes diktieren, dann brauchen wir uns

mit dem sogenannten «Dollarkursproblem» nicht mehr abzugeben. Das heisst: Dann wird die Teuerung den Kaufwert des Frankens so gesenkt haben, dass wir wieder eine «wirkliche Parität» mit dem Dollar besitzen. Und damit wäre die «natürliche Bremse» für den Ausverkauf wieder da.

Es gibt Leute, die sich vor einer solchen Lösung — das heisst vor der Lösung durch eine «natürliche Teuerung» — nicht fürchten. Sie sagen, damit werde auch der innere Wert unserer Schulden herabgesetzt und ein erträglicheres Verhältnis zwischen Schuldenlast und Preishöhe geschaffen. Das könnte stimmen, wenn wirklich die Realeinkommen in absehbarer Zeit der Teuerung nachhinken würden. Man möchte nur erfahren, *für welche Lösung* sich unsere Landesregierung entschliesst. Entweder für den Preisstop im national und international möglichen Umfang — oder für die Angleichung durch die Teuerung und das Aufholen durch möglichst rasche Lohnangleichung. *(Die Rentner und die Pensionsbezüger dürften dann aber nicht vergessen werden! Siehe die noch nicht einmal gesicherte Altersversicherung mit den manchenorts mitleidig belächelten Rentenhöhen!)*

Tempo in Paris

In Paris geht es doch voran, und wie es scheint, soll es für den Rest der Verhandlungen noch schneller vorangehen. Die Ueberraschung der letzten Tage war die *Verschiebung der UNO-Tagung durch die Grossen Fünf* — zugunsten von Paris. Sehr wahrscheinlich war dieser Beschluss die Folge einer Unterredung, über welche kein Communiqué in die Welt hinaus gesandt wurde: *Der Unterredung zwischen Stalin und Molotow*. In welcher Form die Russen diesen Vorschlag gemacht, davon hat man auch nichts vernommen. Genug, dass «Paris nun vorgeht» — dass ein Ergebnis zu erreichen versucht wird, koste es, was es wolle. So wenigstens sah es aus. Aber vielleicht haben die Russen ihre alten Ziele nicht aufgegeben. Vielleicht müsste man annehmen, die Verschiebung der UNO-Versammlung bedeute für sie *Zeitgewinn, um in Paris ebenfalls durch neue Verschleppungsmanöver — Zeit zu gewinnen* — und damit neuerdings der UNO-Arbeit einen Bremsklotz anzuhängen. Bis auf den Tag, wo sich im Bereich der russischen Macht die Dinge so weit stabilisiert haben, dass Moskau eine Friedensregelung nicht mehr zu fürchten braucht? Wer weiss das! In einem Monat — in einem halben Jahr — oder noch später wird man es wissen.

Jedenfalls ist in *Bulgarien über Monarchie und Republik abgestimmt worden*. Und zwar nach den Methoden der «Balkan-Demokratie». Das bedeutet nicht unbedingt eine Verfälschung des Resultats, sofern angenommen werden kann, dass die herrschende «Vaterlandspartei» tatsächlich die Volksmehrheit auf ihrer Seite habe. Item — es sollen 90% der Stimmberechtigten zur Urne gegangen sein, und von diesen 90% hätten sich 95% für die Republik ausgesprochen. (Die Russen sagen, es wäre in Griechenland genau so herausgekommen, wären nur die britischen Bajonette nicht dagewesen! Das ist zweifellos wahr, denn die «EAM»-Leute würden alles auf die Seite gedrängt haben, was nicht links orientiert ist!) Die bulgarische Abstimmung wird im Westen als *Sieg der Russen* ausgelegt. Insgeheim überlegt man, ob «Republik» nicht am Ende als Sowjet-Republik gelesen werden müsse. Jedenfalls bedeutet die Errichtung dieser Republik eine der von Russland bezweckten Konsolidierungen, welche vor Abschluss des Friedens unter Dach gebracht werden sollen. Die «antifascistische Welt» soll einem Bulgarien, welches

sein Königshaus deutschen Ursprungs samt allen mit der deutschen Komplizität belasteten Mächtigen ausschiffte, einen mildern Frieden gewähren — im Interesse Russlands! Das ist der Sinn des Geschehens. Und diesem Bulgarien, so zielt Moskau, müsste man Dedeagatsch, das Fenster an der Aegäis, gewähren...

London und Washington fürchten aber noch etwas anderes: *Die bulgarische Republik kann, was ein Königreich nicht gekonnt hätte, nämlich in die «südslawische Konföderation» Titos eintreten.* Ein Slavenstaat, der vom Schwarzen Meer bis an die Adria reicht, fesselt die hinter ihm liegenden Länder Ungarn und Rumänien ganz eindeutig an den russischen Block, ganz anders als es die zwei rivalisierenden Königreiche in der Vergangenheit getan. Und sollte sich Albanien, in der Furcht vor griechischen Uebergriffen, dieser Union anschliessen, würde der Sperrriegel noch stärker. Ueberdies müsste nachher Griechenland einen Druck aushalten wie nie zuvor, und die Anwesenheit der britischen Flotte und Armee in der Aegäis könnte damit verewigt werden müssen.

Ueberlegen wir auch, dass die Russen nach der grossen

Rede von Byrnes in Stuttgart

Begriffen haben müssen, welche Ziele sie in ihrer deutschen Besetzungzone sehr rasch erreichen müssen. Byrnes sprach klar und deutlich aus, dass USA nicht länger die Sabotierung des Potsdamer Abkommens dulden wollen. *Die Wirtschaft Deutschlands müsse von den Zonenfesseln befreit werden.* Eine Aenderung der Bestimmungen über das Volumen der «erlaubten Industrie» dränge sich auf. Das deutsche Volk soll nach Byrnes soviel exportieren können, als es braucht, um die notwendigen Importe zu bezahlen. An die Adresse der Russen ging der Vorwurf, sie erhöhen *Reparationen aus der laufenden Produktion* — was nach Potsdam nicht angängig sei. Nur die abgelieferten Maschinen wären als Reparationsgut zu betrachten. Schliesslich verlangt der amerikanische Aussenminister einen baldigen Frieden für die Deutschen, damit sie überhaupt in eine Zukunft hinein sehen könnten. Die Bedingungen dieses Friedens müssten ihnen bekanntgegeben werden. Was die Grenzfragen angeht, bezweifelte er ganz offensichtlich die Endgültigkeit der «provisorischen Abmarkungen» im Osten. Das Gebiet bis zur Oder und Neisse sei Russland und Polen «zur Verwaltung übergeben» worden. Das schliesst in sich, dass USA und wahrscheinlich auch die andern Westmächte mit Russland über diese Grenze markieren wollen. Und es bedeutet einen *massiven Vorstoss Amerikas, um sich deutsche Sympathien zu erobern.* Genau wie jene Versuchsballone, die von angeblichen russischen Absichten zur Rückgabe Schlesiens an Deutschland und Galiziens an Polen sprechen, einen Versuch bedeuteten, die deutschen Hoffnungen zu mobilisieren — gegen die Russen. Das Ringen um die deutschen Sympathien ist in vollem Gange.

Byrnes hat auch — zum bitteren Leidwesen der Franzosen — den Deutschen versichert, *dass die Ruhr deutsch bleiben müsse. Nur die Saar hätten sie im Westen einzubüssen.* Und so, nach einer vagen Umreissung ihrer Reichsgrenzen, die sie sich nach Westen fest, nach Osten ausweitbar vorstellen können, spricht er der geschlagenen Nation von den künftigen «*Vereinigten Staaten Deutschlands*», mit weithin selbständigen Bundesstaaten und einem «Nationalrat» als oberster Behörde.

Russen und Polen haben somit erfahren, worum es geht. Und während die Polen heftig gegen Byrnes polemisieren, wissen die Russen, dass es zu handeln gilt. Sie haben geschwiegen, wenigstens bis Anfang dieser Woche. Was sie zur «Erhebung von Reparationen aus der laufenden Produktion» zu sagen haben, weiss man aus ihren Vorschlägen über die italienischen Reparationen. Es ist in der Tat ein Unsinn, anzunehmen, Reparationen könnten anders als aus der «laufenden Produktion» bezahlt werden.

Ob man nun Warentribute erhebt, oder von einem Lande Geld verlangt, das es nur durch Warenverkauf verdienen kann, kommt auf eins hinaus. Es sei denn, man kehre zum Versaillersystem zurück, das Milliarden und Milliarden aus Deutschland abzapfte, sie dem Reiche nachher wieder vorstreckte, um sie später als «eingefrorene Guthaben» zu verlieren. Die Russen wollen die Schuldnerländer voll beschäftigen, die Wirtschaft auf höchste Touren jagen und aus einer solchen voll laufenden Wirtschaft Güter auf Reparationenkonto beziehen. Bis in Paris oder sonstwo über das deutsche Problem gesprochen wird, soll im Ostteil des Reiches dieses System völlig funktionieren, und die Alliierten sollen sich davon überzeugen, dass man *auf diese Weise* — und *nur auf diese Weise* — *von den Deutschen Realentschädigungen bekommen könne.* Zugleich wollen sie ihren Verbündeten demonstrieren, dass einzig dieses System für das deutsche Volk erträglich sei, da ja eine hochentwickelte Industrie an und für sich zur Ueberproduktion neige. Den Ueberschuss könne man vorweg abtransportieren. Der Rest versorge das deutsche Volk hinlänglich oder sogar reichlich...

Die Londoner Palästina-Konferenz, die anscheinend mit Paris und mit Deutschland gar nichts zu tun hat, kann durchaus verglichen werden mit den russischen Versuchen, in ihrer Machtzone volle Gewalt über die weitem Entwicklungen zu gewinnen. Denn schliesslich ist der nahe Osten für England — und für USA — das, was der Balkan und Ostdeutschland für die Russen. Griechenland wird wieder Königreich — die britische Flotte bleibt als Garant in der Nähe, und die Armee, die Athen räumt, bleibt doch in Reichweite der Hauptstadt. Hier also haben die Engländer das Heft in der Hand. Aber sie müssen *auch Palästina wieder sicher in die Hand bekommen* — überhaupt die labilen Beziehungen zur ganzen arabischen Welt in eine erträgliche Stabilität zurückführen. Erst wenn dies gelingt, kann London wieder mit ganzer Kraft an der Seite der USA arbeiten und die Ziele verfolgen, die in Paris, an der nahenden Deutschlandkonferenz der vier Aussenminister, und an der verschobenen UNO-Tagung so zäh verteidigt werden.

Die Londoner Konferenz leidet an einem Mangel, der vielleicht zu ihrem Vorteil ausschlägt. *Die «Jewish Agency» hat es abgelehnt, Delegierte zu senden.* Ebenso wollen die *Palästina-Araber nichts von einer Teilnahme wissen.* Es bleiben also die britischen und die Delegierten der arabischen Liga übrig. Eingeweihte sagen: Die Leute, die es eigentlich gar nichts angehe. Araber und Juden in der grossen Masse kämen ganz gut miteinander aus, und es seien überhaupt nur die Politiker und die kleine politisierte Schicht, die sich schlugen. Immerhin sei diese politisierte Schicht unter den Juden ziemlich erweitert worden, seit die Engländer die Einwanderung gesperrt.

Als böse Ouvertüre zum Stück, das nun an der Rundtisch-Konferenz gespielt werden soll, haben *die jüdischen Terroristen in Palästina eine Attentatsserie* losgelassen, welche den gesamten Eisenbahn- und Strassenverkehr völlig lahmlegte. Die britische Zivilverwaltung hat mit dem «zivilen Ungehorsam» der jüdischen Nebenregierung zu kämpfen und strengt sich an, der Schwierigkeiten Herr zu werden — immerhin mit britischem Gleichmut. Schärfer schlägt schon die Polizei drein. Die *Haussuchungen und Fahndungen nach Attentätern* erreichen einen Umfang, wie ihn das unruhige Land bisher nie erlebte. Auf London aber wird das keinen besondern Eindruck machen, eben weil die «Akteure» nicht an der Konferenz teilnehmen. Umgekehrt aber scheinen sich die jüdischen Terroristen nicht darum kümmern zu wollen, was in London beschlossen wird. Irgendwie hängt also diese Konferenz in der Luft und beschliesst «neben der Realität vorbei», ob nun eine «Kantonisierung» des Landes oder gar eine förmliche Teilung in jüdische und arabische Gebiete beschlossen werde.